

Verzugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Cindendstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282 - 287
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-3 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Cindendstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282 - 297

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Wahrheit über die Marine.

Dittmann gegen Brüninghaus.

Der Reichstagsuntersuchungsausschuss zur Erforschung der Ursachen des Zusammenbruchs (Marinevorgänge) setzte heute vormittag seine Verhandlungen fort. Das Wort nahm sofort

Abg. Dittmann (Soz.):

Wenn der Abg. Brüninghaus durch sein sechsständiges Referat beweisen wollte, daß Quantität und Qualität verschiedene Dinge sind, so ist ihm dieser Beweis glänzend gelungen. Ebenso glänzend vorübergegangen ist ihm aber auch eine Widerlegung meines Referats. Der Abg. Brüninghaus geht nirgends auf den Kern, auf das Wesen der Dinge ein; er sucht vielmehr durch breite Erweiterungen von Nebenbdingen, von Nebenbdinglichkeiten von diesem Kern abzulenken und eine Wolke zu erzeugen, in der niemand mehr klar sehen kann. Ich werde das nachweisen an der Hand meines Referats, das jeder der Herren vor sich hat. Ich bitte mir in der Broschüre folgen zu wollen. Zunächst stelle ich mit Befriedigung fest, daß Abg. Brüninghaus an meiner Darstellung über die Schiffsunruhen im Sommer 1917 kein einziges Wort ausgeführt hat. Von dieser Grundlage meines Referats gehe ich aus. Sie hat der Öffentlichkeit

zum ersten Male ein Bild der wirklichen Vorgänge

auf den Schiffen vermittelt, über die bis dahin die tollsten Gerüchte im Umlauf waren. Beim nächsten Kapitel: Mannschaftsbeschwerden setzt Herr Brüninghaus mit einigen Ausstellungen ein. Ich gebe auf Seite 13 bis 15 der Broschüre insgesamt zehn Zitate aus den Akten. Diese Zitate betreffen Äußerungen über die Verpflegungszustände. Ihnen vorweg steht auf Seite 13 der Satz: „Alle Beschuldigten und die Zeugen kommen immer wieder auf die Verpflegung als die Ursache und den Ausgangspunkt der Unzufriedenheit zurück und befanden, daß vor allem darüber in den Zusammenkünften gesprochen worden sei.“ Dann folgen die zehn Zitate über die Zeugenausagen. Auf Seite 15 heißt es dann: „Diese Stellen aus den Akten geben ein deutliches Spiegelbild der Stimmung unter den Mannschaften und zeigen klar, wie sich bei ihnen an Bord fast alles um das Essen dreht.“ Die objektive Richtigkeit der einzelnen Angaben in den Zitaten habe ich ganz dahingestellt sein lassen, um ein deutliches Spiegelbild der Stimmung der Mannschaften zu geben.

An diesen zehn Zitaten hat der Abg. Brüninghaus nur zwei Nebenbdinglichkeiten ausgeführt. Er hat einfach angezweifelt ohne jedes Beweismaterial. Wir werden feststellen können, daß in Dutzenden, in Hunderten von Fällen Unteroffiziere mit strengem Kerker bestraft worden sind, ohne daß es zulässig war. Ich persönlich habe mich für die Richtigkeit des Inhalts der ganzen Zitate ja niemals eingesetzt. Ich bringe dann den Brief des Abg. Dr. Pfleger zum Ausdruck. Wenn man liest, was Dr. Pfleger dort sagt, daß nämlich die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft über verschiedene Vorkommnisse unterrichtet worden seien und er deshalb nicht länger schweigen könne und er annehme, daß von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft die Vorgänge in der Haushaltskommission vorgebracht und besprochen werden würden, wer will dann die Richtigkeit der Darstellung bestreiten? Auf meine Anzweiflung der Bedeutung der Worte „diese Hinweise auf die Unabhängigen“ hat Herr Brüninghaus nicht erwidern können. Auch hier ist er vollständig auf dem Holzwege. Auch meine Darstellung, wie sich die Dinge in Stockholm abgespielt haben, ist vom Abg. Brüninghaus nicht bestritten. Abg. Dittmann kommt dann auf die Ausführungen des Abg. Brüninghaus über den

Brief an Frau Zieh

zu sprechen. Die Liste, von der der Abg. Brüninghaus dort spricht, ist die sogenannte „Ziethen“-Liste, von der ich in meinem Referat dreimal, als von „Mitgliederverliste“ spreche. In diese Ziethen-Liste haben sich Leute eingetragen, die Mitglieder der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei werden wollten. Es stehen nur 12 Namen in Angabe der Personalien auf den Listen, während bei den Stockholmisten Hunderte von Namen ohne nähere Personalien stehen. Dort handelt es sich eben um

Sympathie-Kundgebungen für den annerkennungsfreien Frieden.

Einige Listen sind nun auch von der Zentrale der U.S.D. gegangen. Diese hat sie nicht nach Stockholm mitgenommen, sondern sie dem Bezirk der Wasserwerke geschickt, wo sie zur Einzeichnung von neuen Mitgliedern benutzt wurden. Der Redner wendet sich dann zu der „alldeutschen Offizierspropaganda“. Abg. Brüninghaus hat hier erklärt, daß der von mir über dieses Thema angeführte Briefwechsel zurückzuführen sei auf bestimmte Auffassungen. Ich weise aber nach, daß Prinz Heinrich von Preußen dem Staatssekretär von Capelle erklärt hat: Ich lasse mir darüber keine Vorarbeiten machen, ob ich die Schriften der Alldeutschen auf den Schiffen auslege oder nicht. (Abg. Brüning: Ich verleihe unter alldeutschen Schriften ganz etwas anderes). Die Behmann'sche Broschüre ist z. B. eine alldeutsche Schrift. Der Abg. Brüninghaus geht einfach vorbei an meiner Feststellung, daß gerade von den Obersten Kommando-ebenen die Parteigegegensätze in die Marine hineingetragen worden sind, daß sie sich gewiegert haben, damit aufzuhören, als sie vom Staatssekretär der Marine aufgefordert wurden.

Die Mannschaften haben sich dagegen aufgebaut, daß sie das Land noch jahrelang tragen sollten nur wegen der verstorbenen alldeutschen Eroberungsziele. Abg. Dittmann stellt mit einer gewissen Befriedigung fest, daß der Abgeordnete Brüninghaus bezüglich der Vorlegung der Listen in Stockholm ausdrücklich erklärt habe: „was ja nicht geschehen ist“. Diese Listen sind also in Stockholm gar nicht vorgelesen worden. Das ist ein außerordentlich

wichtiger Punkt, um zu entscheiden, ob die Mannschaften nachher tatsächlich zu Recht verurteilt worden sind.

Von dem erschossenen Reichpietsch hat Abg. Brüninghaus gesagt, R. sei kein Engel gewesen, habe viele Vorstrafen wegen übler Sachen gehabt und sei wegen verschiedener militärischer Diebstähle in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt worden. Selbst, wenn es so wäre, dann wäre das noch

keine Rechtfertigung für ein ungerechtes Todesurteil.

Der Bordkamerad des Reichpietsch, ein Berliner Geschäftsmann, der sich gar nicht um Politik kümmert, hat mir nummehr erzählt, wie das Urteil zustande kam. Reichpietsch war Bursche bei einem Leutnant. Als er eines Sonntags ausgehen wollte, zog er sich die Stiefel seines Leutnants an, legte dessen Armbanduhr an und ging so spazieren. Sein Leutnant schnappte ihn, ließ ihn vors Kriegsgericht stellen und dort wurde Reichpietsch wegen militärischen Diebstahls zu fünf Monaten verurteilt und in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt. Man warf ihm auch vor, er habe einhundertzwanzig Mark gestohlen, über deren Erwerb er nichts auszusagen wollte. Tatsächlich war das die Kasse für einen Zigarettenhandel, der verboten war und über den Reichpietsch deshalb nichts sagen wollte. Auf Sachs sollte sich Abg. Brüninghaus lieber nicht als Zeugen gegen die unabhängigen Abgeordneten berufen. Der Oberreichsanwalt hat erklärt und durch die Vorlegung des Reichpietsch bewiesen, daß Sachs den Beamten und Untersuchungsrichtern nach dem Munde redete, um seine Begnadigung zu erreichen.

Der Heizer Becker hatte wiederholt erklärt, daß es sich nicht darum handle, eine

Bewegung zur gewaltsamen Erzwingung des Friedens

zu inszenieren, sondern daß lediglich auf allen Schiffen Kundgebungen gegen die schlechte Verpflegung und schlechte Behandlung veranstaltet werden sollten. Von einem politischen Streik, um den Frieden zu erzwingen, sei jedenfalls nicht die Rede. Becker hat auch erklärt, daß die Bewegung auf seinem Schiffe gar nichts mit den Abgeordneten zu tun gehabt habe. Wenn Frau Zieh auf die Mitteilung des Reichpietsch über die Friedensbewegung auf den Schiffen einmal ausgerufen hat: „Dann müssen wir uns ja schämen vor den Matrosen, die sind ja weiter als wir“, so bezieht sich das nur darauf, daß die Unabhängigen damals überhaupt keine Verbindung mit den Mannschaften der Schiffe hatten und daß selbst in Wilhelmshaven kein einziges Mitglied der Unabhängigen sich befand. In meinem Referat habe ich den Grund für den Ausspruch von Frau Zieh ausführlich auseinandergesetzt, wie die Unabhängigen sich überhaupt gegen alles gewandt hatten, was nach Putzaktion aussehen konnte.

Abg. Brüninghaus hat weiter behauptet, es sei unwahr, daß von den Untersuchungsführern Terror gegenüber den Angeeschuldigten ausgeübt worden war. Mit keiner Silbe ist er aber auf die Zitate eingegangen, die ich zum Beweise für den Terror angeführt habe, der tatsächlich ausgeübt worden ist. Der Redner führt noch einmal die Aussagen des Heizers Adomeit an, der zu den Reichstagssozialisten gehörte, des Oberheizers Rebe und des Korvettenkapitäns Behnke, der das Verfahren des Kriegsgerichts rals Dobring als befremdend erregend bezeichnet hat. Es ist den Angeeschuldigten angedroht worden, daß sie lebenslänglich ins Zuchthaus kämen oder erschossen werden würden, wenn sie nicht das auszusagen würden, was der Untersuchungsführer wissen wollte.

Die Verhandlungen gehen noch weiter.

Der sinkende Franken.

Sozialistischer Vorkoß im Parlament. — Beunruhigung der Bevölkerung.

Paris, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Erfolglosigkeit der Londoner Reise des Finanzministers Beret, dem es weder gelungen ist, eine Regelung der französischen Schulden an England zustandezubringen, noch die Gewährung neuer Kredite an Frankreich zu erwirken, sowie der dadurch bedingte neue katastrophale Frankenkurs haben in Paris lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen. Um der neuen, überaus ernsten Lage Rechnung zu tragen, hat die sozialistische Kammerfraktion beschlossen, den Ministerpräsidenten zu ersuchen, die Kammer noch vor dem in Aussicht genommenen Zeitpunkt, den 29. Mai, einzuberufen. Es sind bereits Interpellationen über die Währungsfrage und über die Maßnahmen, die die Regierung zu ihrer Behebung zu ergreifen gedenkt, angekündigt. Die neue Aussprache über das Finanzproblem kann bedeutsame innerpolitische Folgen haben. Ähnlich wie in den Zeiten der deutschen Inflation verfolgt man jetzt in Frankreich mit ängstlicher Spannung die Devisenkurse. Die Erregung beginnt schon die breiten Schichten der Bevölkerung zu ergreifen. Die Befürchtungen sind um so berechtigter, als der neue Frankenkurs das mit Ruhe und Not hergestellte Gleichgewicht im Haushalt zu erschüttern droht.

Beginn der neuen Marokkooffensive.

Paris, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Marokko soll es den französischen Truppen gelungen sein, den östlichen Frontabschnitt 12 Kilometer weit vorzurücken. Sie sollen dabei ihr Ziel nicht nur erreicht, sondern zum Teil überschritten haben. Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ wird als wahrscheinlich hingestellt, daß die französischen Truppen nach diesem Vormarsch eine Ruhepause eintreten lassen, um die eroberten Stellungen zu besetzen.

Tschechischer Faschismus.

Hoffnung auf die Armee.

Von Senator Wilhelm Riefler, Prag.

Die Abwehr des Faschismus, der wie überall auch in der Tschechoslowakei als Modesache nachgeißt wird, ist plötzlich eine aktuelle Tagesfrage geworden. Nicht etwa, weil die Bewegung große Volksmassen ergriffen hätte und dadurch für das demokratische System zu einer unmittelbaren Gefahr geworden wäre, sondern, weil offen, und mehr noch geheim, versucht wird, durch einige diktatorlusterne Generale die Armee für den Faschismus zu gewinnen. Der Tschechofaschismus ist ein recht eigenartiges Gewächs und er verdankt seine Entstehung zum großen Teile ganz anderen Ursachen als sein italienisches Vorbild. Er ist in erster Linie ein Erbstück der verblichenen Koalition, in der seit langem die reaktionären Parteien herrschend waren und deren undemokratische Methoden weiten Schichten abgewöhnt haben, auf die tschechoslowakische Demokratie Hoffnungen zu setzen. Democh war der Knabenhort, der sich Faschismus nannte, weil seine Anhänger schwarze Hemden trugen und den römischen Gruß gebrauchten, so bedeutungslos, daß seine Väter sich scheuten, sich öffentlich zu ihm zu bekennen. Das Versagen des Parlaments, die vorläufige Unmöglichkeit, nach Sprengung der Koalition eine neue parlamentarische Regierung und Mehrheit zu schaffen, haben eine Stimmung hervorgerufen, die ihm einigen Zulauf gebracht hat, aber seine Erfolgsmöglichkeiten sind darum nicht wesentlich größer geworden. Zur Diktatur schloß bisher auch der Diktator, den nun der Faschismus in dem Legionärsgeneral, dem gegenwärtigen Chef des Generalstabs, Gajda, gefunden zu haben glaubt. Da Herr Gajda auch die Armee mitzubringen hätte, hält der Faschismus seine Chancen für gestiegen und seine Hintermänner machen daher kein Hehl mehr aus ihrer Sympathie für das von ihnen bisher mühsam und mit vielen Kosten aufgepöppelte Geschöpf.

Abgesehen von einem kleinen und unruhlich geendeten Extempore, das der rechte Flügel der tschechischen Nationalsozialistischen Partei unter der Patronanz des früheren Ministers Ströbry unternahm, hat bisher nur eine einzige Partei das faschistische Glaubensbekenntnis abgelegt: die unter der Führung des Dr. Kramarsch stehende Nationaldemokratische Partei. Sie ist eine der kleinsten unter den tschechischen Parteien, doch stützt sie sich als eigentliche Repräsentantin der tschechischen Bourgeoisie auf den mächtigen Konzern der Zinobank und läßt dadurch wie auch durch ihre Presse einen Einfluß aus, der weit über ihre zahlenmäßige Stärke hinausreicht. Die Patenschaft des Dr. Kramarsch bewahrt den Faschismus von vornherein davor, in weiteren Kreisen der tschechischen Bevölkerung Wurzel zu fassen.

Während des Krieges wurde Dr. Kramarsch von der österreichischen Militärkamarilla wegen Hochverrats angeklagt, weniger wegen staatsgefährlicher Konspirationen, mehr wegen der bössartigen Dummheit der damals regierenden Hofkaste, die ein Opfer suchte, um damit im tschechischen Volke abschreckend zu wirken, dabei aber das untauglichste Objekt aussuchte. Democh wurde Dr. Kramarsch zum Tode verurteilt, wurde später begnadigt, stand also sozusagen unter dem Galgen und hält sich seither wegen dieses unverdienten Märtyrertums zur höchsten Würde im Staate berufen. Das nicht er, sondern Masaryk vom tschechischen Volke als Befreier gefeiert wird und zum Staatspräsidenten erwählt wurde, hat ihn zu einer intimen Feindschaft gegen die Prager Burg aufgestachelt, der er und der Kreis seiner Allergetreuesten oft giftigsten Ausdruck geben. Partei und Presse der Nationaldemokratie hat Kramarsch ebenso in den Dienst der Beherrschung seiner Person und Presse gestellt, wie in den einer Politik, die den Grundfragen Masaryks bewußt entgegenarbeitet. Seine autokratische Führerschaft und die Richtung seiner Politik hat im vorigen Jahr zu einer Spaltung der Partei und bei den Parlamentswahlen zu ihrer Niederlage geführt, bei der sie mehr als ein Drittel ihrer Parlamentsitze einbüßte. Diese Niederlage hat seine und seiner Partei Hoffnung, auf dem Wege der Demokratie an das Ziel ihrer hochgesteckten Sehnsüchte zu gelangen, schwinden lassen, darum möchte die nationaldemokratische Führung die geschwächten Kräfte ihrer Partei gerne mit dem Faschismus aufrechen.

Aus diesen Stimmungen und Bestimmungen ist in der Tschechoslowakei der Faschismus geboren worden. Die Mehrzahl der Peile, die der Faschismus abschleift, richten sich gegen Masaryk, der, versteckt und rüchlich, aber auch offen, westfremder philosophischer Auffassungen und deutschen und jüdenfreundlicher Sympathien bezichtigt wird. Natürlich steckt hinter der Bewegung auch das höchst materielle und reale Machtinteresse der tschechischen Bourgeoisie, die um ihre Alleinherrschaft im Staate fürchtet. Sie fordert, die Deutschen dürften unter keinen Umständen zur Mitregierung zugelassen werden. „Wenn es nicht mit dem Parlament geht, dann wird es ohne Parlament gehen“, hat Dr. Kramarsch auf der letzten böhmischen Landeskonferenz seiner Partei erklärt und die Äußerungen der Unterhüuptlinge der nationaldemokratischen Partei lauten noch deutlicher: die Demokratie habe sich nirgends bewährt, sie verleihe zu sozialpolitischen Gesetzen, die den Staat in unerbittlicher Weise belasten, auch seien die Deutschen eine „wilde, rauffüchtige Horde“ (wörtliches Zitat aus einer faschistischen Zeitung!), denen nur die Faust imponiere, daher müsse die Diktatur kommen.

So wenig die politischen Verheerungen unterschätzt werden dürfen, die der Tschechofaschismus in der überhigten Atmo-

sphäre des Landes anzurichten imstande ist — einige Proben hat er davon schon gegeben — könnte doch ohne andere Hilfe von der Gewinnung der Macht durch den Faschismus trotz seiner jungengewaltigen Leistungen keine Rede sein. Seine Hoffnungen richten sich daher auf den Generalstabschef Gajda, der vor dem Kriege in der österreichischen Armee Feldwebel war, und dem das Wort zugeschrieben wird: „Ich werde Ordnung machen!“ Der oberste Führer des Generalstabs von den Faschisten als zukünftiger Diktator gefeiert, das drängt die demokratischen Parteien dazu, eine Klärung herbeizuführen. Darum hat der frühere tschechische sozialdemokratische Minister Beneš einen Artikel veröffentlicht, der viel Aufsehen hervorrief und in dem er Gajda auffordert, Farbe zu bekennen. „Ein General der Republik könne nicht das schwarze Hemd tragen, außer er würde vorher seine militärische Uniform ablegen.“

Schweigt Gajda, dann ist eine Interpellation der tschechischen Sozialisten unausweichlich, die eine Debatte im Parlament herbeiführen muß. Offenbar will man die Lage noch vor dem Anfang Juni abzuhaltenden Sokoloffest klären, zu dem in Prag einige zehntausend Sokolturner zusammenkommen sollen, an welchen Zeitpunkt sich Bestürzungen über den Beginn eines faschistischen Aufstandes knüpfen. Alles in allem scheint der Tschecho-Faschismus trotz seines im Hintergrunde wartenden Generals ein tobgeboresnes Kind zu sein und der hartnäckig irrende Dr. Kromarich dürfte auch diesmal wieder auf eine falsche Karte gesetzt haben.

Wenn das „links“ passierte!

Putzschisten und Justiz.

Genosse Kurt Rosenfeld schreibt uns:

Große Putzschistvorbereitungen sind aufgedeckt, Aufmarschpläne gefunden, viele Persönlichkeiten kompromittiert. Und doch ist niemand verhaftet worden!

Bei noch so milder Beurteilung der bisher festgestellten Tatsachen handelt es sich doch mindestens um die Aufdeckung von Handlungen, die ein hochverräterisches Unternehmen vorbereiten, also um Delikte, gegen die § 86 des Strafgesetzbuches eine Zuchthausstrafe bis zu drei Jahren oder Festungshaft von gleicher Dauer androht. Es bildet mithin ein Verbrechen den Gegenstand der Untersuchung, und es bedarf daher bei Personen, gegen die ein dringender Verdacht vorliegt, daß sie ein Verbrechen begangen haben — und ein solcher Verdacht kann hier nicht bestritten werden — nach der auf die Strafprozeßordnung gegründeten, leider herrschenden Praxis für den Fluchtverdacht keiner weiteren Begründung.

Und trotzdem ist nur in einem Falle eine polizeiliche Festnahme erfolgt. Der bei dem Berliner Polizeipräsidium als Vernehmungsrichter fungierende Amtsrichter, der weit rechts gerichtete Amtsrichter Struckmann, hat den vorläufig festgenommenen Oberst v. Lud. „nach kurzer Prüfung der Sachlage“ wieder entlassen und einen Haftbefehl deshalb abgelehnt, weil er es — unglaublich, aber wahr — für möglich hielt, dem Festgenommenen zu glauben, daß er sein Unternehmen nur zum besten der Reichswehr unternommen, die Reichswehr aber keine hochverräterischen Absichten habe. Dabei handelt es sich um den schwer belasteten Führer des jetzt aufgelösten „Sportvereins Olympia“, bei dem die Aufmarschpläne der Vereinigten Vaterländischen Verbände gegen Berlin gefunden waren. Bei ihm konnte dieser „Richter“ weder Fluchtverdacht noch Verdunklungsgefahr als gegeben angesehen.

Sozialisten und Kommunisten, die im Jahre 1923 in Sachsen und Thüringen verhaftet wurden, ist niemals geglaubt worden, daß sie nur die republikanische Landespolizei für den Fall eines von Bayern her drohenden Einfalls der Hitler-Leute unterstützen wollten. Was aber damals bei den Republikanern als leere Ausrede bewertet wurde, wird jetzt bei den Monarchisten für bare

Münze genommen. Der Richter hält nicht einmal für nötig, eine Nachprüfung nach der Richtung anzustellen, ob nicht bei der Reichswehr Formationen oder mindestens Persönlichkeiten vorhanden sind, welche hochverräterische Absichten haben.

Inzwischen werden, wie zur Beruhigung der Gemüter versichert wird, die Akten nach Leipzig geschickt, dort werden sie, wenn sie schließlich bei der Reichsanwaltschaft eingelaufen sind, sorgfältig und mit vollendeter Objektivität geprüft werden, und alsdann wird, wenn wirklich eine Festnahme oder gar eine Verhaftung für nötig angesehen werden würde, auch ein Haftbefehl ergehen.

Welchem Kommunisten ist jemals eine solche Behandlung zuteil geworden! Wenn sich wirklich einmal ein Amtsrichter fand, der einen von der Polizei vorläufig festgenommenen Kommunisten nicht verhaftete, wurde der Beschuldigte keineswegs entlassen, sondern polizeilich so lange festgehalten, bis der Oberreichsanwalt das Material geprüft hatte. So scharfes Vorgehen kam hier offenbar nicht in Frage. Mindestens hätte man doch, gleichzeitig mit der Prüfung der Sache durch den Richter, eine Prüfung durch den Reichsanwalt vornehmen lassen müssen, damit dieser für den Fall der Ablehnung des Haftbefehls durch den Richter sofort seinerseits die Festnahme hätte vornehmen können. Wo es gegen die Kommunisten ging, hat sich oft genug ein Beamter der Reichsanwaltschaft eigens nach Berlin begeben. Im Falle Lud, Knauer, Claß und Genossen hat offenbar kein Reichsanwalt Zeit, die weite Reise nach Berlin zu machen. Der Spezialist für Verfolgungen der Kommunisten, Untersuchungsrichter Bogt, reist — wegen der Vorgänge des Jahres 1923! — noch heute im ganzen Lande umher. Bis nach Stuttgart, München, Frankfurt a. M. reicht der Schauplatz seiner Tätigkeit. Gegen rechts aber stehen offenbar nicht einmal die Mittel zur Reise eines Reichsanwalts nach Berlin zur Verfügung.

Wann wird endlich bei der Reichsanwaltschaft bekannt werden, daß das Deutsche Reich eine Republik geworden ist und daß die Reichsanwaltschaft diese Republik gegen die Rechtsputzschisten zu schützen hat?

Die Untersuchung der Fememorde.

Der Fall Baur-München vom Reichstagsausschuß.

Der Fememorduntersuchungsausschuß des Reichstags setzte am Donnerstag vormittag die Zeugenvernehmung im

Fall Baur-München

fort. Zeuge Hummiller, Mitbegründer des Blücher-Bundes und zur Zeit der Ermordung Baur's, Kompagnieführer, der zuerst vernommen werden sollte, war zu Beginn der Sitzung noch nicht anwesend. De Auschuß beriet daher zunächst über die Frage, ob auch die Gebrüder Berger, die in der Sache belastet sind — einer ist deswegen bestraft — verurteilt werden sollen. Man kam darüber noch zu keiner Einigung.

Dann wurde Ernst Berger vernommen, jetzt Geschäftsführer, 27 Jahre alt, im Prozeß Baur freigesprochen. Der Vorsitzende ermahnt ihn, die Wahrheit zu sagen, und bemerkt, der Zeuge habe früher stark mit seiner Aussage zurückgehalten und sei erst nach und nach mit der Wahrheit herausgekommen. Aber immer noch habe er nicht alles gesagt, weil

er sein Ehrenwort nicht brechen wollte.

Der Zeuge erklärt, Zwengauer das Ehrenwort gegeben zu haben, nichts zu sagen über den Mord. Das Ehrenwort wurde ihm am Nachmittag nach der Tat abgenommen. Zwengauer habe ihm die Tat nur in kurzen Umrissen geschildert. Erst als der Zeuge dem Zwengauer gegenübergestellt wurde, entband ihm dieser sein Ehrenwort. Der Vorsitzende verliest die Aussage Ernst Bergers, in der wiederholt vom Treuschwur die Rede ist und fragt: War das ein besonders feierlicher Akt?

Zeuge: Nein, ich gab lediglich Zwengauer den Handhabe. Vorl.: War solche feierliche Handlung im Blücher-Bund üblich?

Zeuge: Nein, ich wollte vom Ehrenstandpunkt aus meinen Freund nicht verraten.

Vorl.: Haben Sie diese Grundzüge beim Blücher-Bund gelernt? Zeuge: Nein, diese Grundzüge wurden mit auf der Unteroffizierschule gelehrt (Fürstenseid-Brud).

Vorl.: Dort sind Ihnen die Grundzüge eingeimpft worden, keinen Kameraden zu verraten, auch wenn er einen Mord begangen hätte?

Zeuge: Das war auch meine elterliche Erziehung.

Vorl.: Haben Sie noch heute jenen Standpunkt? Zeuge: Jawohl, ich würde auch heute nichts sagen, was Zwengauer und anderen Beteiligten zum Nachteil wäre.

Vorl.: Wenn wir Ihnen nun den Eid abnehmen würden, dann tämen Sie in Gemütskonflikte.

Zeuge: Wenn ich nicht reden will, kann mich niemand zwingen. Vorl.: Würden Sie sich auf sechs Wochen einsperren lassen? Zeuge: Jawohl!

Der Zeuge verneint dann die Fragen, daß er sich auch im Falle eines Raubmordes durch ein Ehrenwort für gebunden halten würde. Auf Frage des Abg. Kempkes (D. Sp.) erklärt der Zeuge, daß er auch geschwiegen hätte, wenn Zwengauer im Streit einen Kollegen erschlagen hätte.

Der Zeuge wird dann über seine Tätigkeit im Blücher-Bund vernommen. Sein Bruder Hans stand an der Spitze der Ortsgruppe München. In den Statuten sei nichts über Bestrafung durch Handschlag habe nicht festgelegt. Ob der Bund noch existiert, will der Zeuge nicht wissen, er ist nicht mehr Mitglied. Er will auch nicht wissen, wie die Beitrittserklärung lautete und ob darin von Verschwiegenheit und Berrat die Rede war. Ueber Baur erfuhr der Zeuge durch gelegentlichen Verkehr, daß dieser schon Mitglied anderer Organisationen war. Ein innerlicher Instinkt habe ihm gegenüber Baur mißtrauisch gemacht. Auch seinem Bruder habe er gesagt: Brich mit Baur ab, er gefällt mir nicht. Baur habe keinen Einfluß im Blücher-Bund gehabt. Der Zeuge weiß auch nicht, zu welchem Zweck Baur nach Regensburg fuhr. Der Zeuge hat Baur einmal Geld gegeben, das von Regierungsbeamter Schäfer der Blücher-Bundkasse überwiesen wurde. Bei einer zweiten Forderung Baur's verweigerte ihm der Zeuge an seinen Bruder. In dem fraglichen Sonntag wurde Baur um 10 Uhr von dem Zeugen, seinem Bruder, Zwengauer und Stubenrauch vom Bahnhof abgeholt. Baur sei in die Bergerische Wohnung geradezu mitgelassen. Sein Bruder habe Baur dann Vorwürfe gemacht, daß er sich in Regensburg einen guten Tag gemacht und nichts geleistet hätte. Was in der Wohnung gesprochen wurde, weiß der Zeuge nicht. Der Zeuge ging dann mit Stubenrauch zur Bahn, um Schäfer abzuholen.

Wie Baur ermordet wurde.

Am 12 Uhr kam der Zeuge mit Stubenrauch in die Wohnung zurück. Von der geplanten Norddeutschlandreise will er nichts gewußt haben. Gegen 3 oder 4 Uhr morgens sei Zwengauer wiedergekommen. Der Zeuge hat es läuten gehört, sich aber nicht weiter darum bekümmert, da öfter nachts jemand kam. Der Vorsitzende bemerkt dazu, es scheine im Blücher-Bund viel nächtlichen Verkehr gegeben zu haben. Auf Befragen erklärt der Zeuge weiter, daß ihm sein Bruder über Baur's Tötung nichts erzählt habe. Er habe davon erst am Nachmittag von Zwengauer selbst gehört. Dieser habe die Sache so dargestellt, als habe er Baur in der Notwehr erschossen. In seiner Angst habe er den Erschossenen in die Isar geworfen. Zwengauer habe ihn darauf das Ehrenwort abgenommen. Ob Zwengauer gesagt hat, daß Baur jetzt nichts mehr verraten könne, will der Zeuge nicht mehr wissen, obwohl das in seiner früheren Aussage steht. Ebenso hat der Zeuge, wie ihm der Vorsitzende aus den Akten vorhält, in der polizeilichen Hauptvernehmung Aussagen gemacht, daß morgens zwischen ihm, seinem Bruder und Zwengauer eine Unterredung über Zwengauer's Tod in dem Zimmer stattfand, wo Stubenrauch schlief.

Der Zeuge kann sich darauf nicht mehr entsinnen, auch nicht darauf, ob sein Bruder bei der Reise am nächsten Tage Baur's Koffer mitgenommen habe. Von dem Inhalt des Koffers wisse er nichts, weil er grundsätzlich nicht in die Sachen anderer Leute hineingucke.

An den Zeugen werden dann Fragen aus dem Ausschuss heraus gerichtet. Auf Frage des Abg. Levl (Soz.) erklärt Zeuge, nie mit seinem Bruder über die Einzelheiten der Angelegenheit Baur gesprochen zu haben. Das Wort „Kollkommando“ habe er in seiner Bedeutung erst in der Gerichtsverhandlung kennen gelernt. Besondere Gruppen des „Blücher-Bundes“ habe es in München nicht gegeben. Sein Bruder habe keiner solchen Gruppe angehört, auch nicht sein Freund Weinbrecht. Der Zeuge bemerkt zu den Fragen des Abg. Levl über diesen Punkt: Ich weiß wohl, was Ihre Fragen bezwecken, nämlich ob eine besondere Feierngruppe des Bundes bestanden hat. Sie hat nicht bestanden! Als Dr. Levl

Unser Gruß.

Von Karl Hendell.*

Unser Gruß, Kameraden

Von anderen Gestaden,

Ist kein Gruß aus altem, verschüttetem Grund —
Ist ein Gruß zum neuen, beginnenden Bund.

Der Bau war zerfallen,

Zertrümmert die Hasen,

Die heiligen Hasen der geistigen Welt,

Die Bande zerrissen, die Brücken zerschellt. —

Da schrie das Gewissen:

Jetzt wollen wir hissen

Das sammelnde Zeichen der ertöteten Tat —
Wir sind uns zur Sühne der Zwickacht genah.

Der Kühne muß wagen —

Mit Singen und Sagen,

Mit starken Gedanken in Schrift und in Wort
Wir tragen die Stimme der Menschlichkeit fort.

Von Haß und von Grimme

Die Glut nun vergimme!

Wir schüren sie nimmer, wir löschen sie aus,
Wir lieben Europa, wir schüren ihr Haus.

Frontkämpfer der Feder,

Laßt führen ein jeder

Zu Sieg und zu Segen versöhnende Macht
Der edleren Welt, die aus Roheit erwacht!

Verschiedene Zeichen

Die Hände sich reichen,

Es lodern die Jungen der Liebe sich zu —
Eins sind wir und bleiben doch Wir: Ich und du.

O grausig Erinnern!

Drum heil den Beginnern

Der neuen Gesellschaft von Lande zu Lande,
Es weite der Weg sich, es sinke die Wand!

Unser Gruß, Kameraden

Von anderen Gestaden,

Ist kein Gruß aus altem, verschüttetem Grund,
Ist ein Gruß zu neuem, versöhnenden Bund.

Freikörperkulturbewegung.

Von Hanna Kühn, Charlottenburg.

Bis 1919 gab es eine organisierte Freikörperkulturbewegung nur in ausgesprochen rechtspolitischen Kreisen, die sich unter neutralem Deckmantel um die Kreise der „Schönheit“ in Dresden scharten. Der nackte Körper war diesen Menschen allerdings nicht mehr als polenhafter Selbstzweck, ein Sichbewegen in Licht, Luft und Sonne. Zielbewußter — ebenfalls aus Rechtskreisen kommend — war die Bewegung um Seik in München, der sich seinerzeit bei dem großen Radikalfest in Berlin öffentlich auf Seite des vielbeschiedenen Lehrers Koch stellte. Die neutralen und bürgerlichen Verbände sind dann in die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lichtkämpfer, welche sich unter Führung von Fritz Thies in Berlin gebildet hatte, eingetreten. Dieser Zusammenschluß war jedoch nur von kurzer Dauer. 1925 und Anfang 1926 traten Münchener, Leipziger und Hamburger Verbände aus und arbeiteten selbständig, da Fritz Thies sich als reaktionärer Führer entpuppte. Der Rest hat sich den stolzen Namen „Reichsbund für Freikörperkultur“ beigelegt und versucht unter dem Vorhild des Landgerichtsdirektors Dr. Bahle im republikanisch bürgerlichen Sinne zu arbeiten.

Die Entwicklung der Freikörperkulturbewegung in den proletarischen Bevölkerungsschichten setzte 1920, dann verstärkt 1923 unter Führung von Adolf Koch ein. Adolf Koch stellte erstmalig im Gegensatz zu allen bestehenden Körperkulturverbänden nicht die Nacktheit an sich in den Mittelpunkt, sondern die Erziehung des Menschen zu einer neuen Lebensauffassung revolutionärer Art, wobei die Nacktheit nur selbstverständliches Ergebnis sein mußte. In dem Buch „Körperbildung — Radikultur“ (erschienen im Verlag Ernst Dödenburg in Leipzig) schildert er seinen Verzweiflungskampf gegen Behörde, Spießertum und Presse. Neben der Zeitschriftenfolge „Körperbildung — Radikultur“, Blätter freier Menschen“ (erschienen in der Verlagsgenossenschaft des freien Körperkulturkreises E. V., Berlin SW. 47, Hagelberger Straße 26, 3 Tr.) ist das genannte Buch das einzige Dokument von den Kämpfen der Arbeiterchaft in dieser Art. Schon die Titel der Hefte „Schrei des Volkes nach Licht“ — „Mutterchaft und Körperkultur“ — „Freie Liebe oder Zwangsehe“ beweisen, daß die proletarische Freikörperkulturbewegung den Leib des Menschen nicht als etwas abgebonbertes zu behandeln gewillt ist, sondern den Körper befähigen will, den Kampf gegen seine wirtschaftlichen und politischen Unterdrücker zu führen. Die Organisationsform war bis vor kurzem der Bund freier Menschen (Sitz zurzeit Chemnitz), während die große Mehrheit überproletarisch arbeitender Verbände im freien Körperkulturkreis E. V. (Sitz Berlin) zusammengeschlossen ist.

Die einzigen profitorischen Verwirklichungsversuche machten bisher Dr. med. Hans Graag und Adolf Koch gemeinsam in ihrer Körperkulturakademie in Berlin, welche auch unentgeltlich Lehrtätigkeit ausübte. Durch Verbindung von planmäßiger organischer Körperbildung (Gymnastik), Sonnenbäderstrahlungen und Schaffung von freien Auffassungen über die Naturhaftigkeit des Geschlechtslebens verbunden mit Ernährungsreform (aber nicht einseitiger vegetarischer oder Rohkost) und hygienischer Lebensführung sind hier in dreijähriger Arbeit bisher nirgends erreichte Erfolge in gesundheitlicher Beziehung

erzielt worden. Es ist von Wichtigkeit, festzustellen, daß monatlich circa 1200 unentgeltliche Bestrafungen und an über 200 arbeitslose Teilnehmer unentgeltlich Unterrichtsstunden vermittelt werden — also wirkliche soziale Tat. Man muß berücksichtigen, daß dieser praktische Versuch der Körperkulturakademie Adolf Koch zur Vertiefung sozialistischer Weltanschauung auch heute noch in stetem Kampf mit der Umgebung erfolgt, daß dieses Ringen um die Befreiung des Leibes oft noch in proletarischen Kreisen mißverstanden und zu wenig beachtet wird. Das Bewußtsein, daß der Körper erst fähig sein muß, sich in biologischer Hinsicht den heutigen kulturellen Lebensformen anzupassen, fehlt noch in weiten Kreisen der proletarischen Arbeiterbevölkerung. Zurzeit wird bereits versucht, in Hamburg, Erfurt und Frankfurt in diesem Sinne zu arbeiten.

Die Welt der Urtiere. In der Aula des Dorotheenstädtischen Realgymnasiums sprach Dr. Rommert-München vor der Lehrerschaft und den Schulbehörden Groß-Berlins über „Mikroprojektion im Unterricht“. Es handelt sich darum, moderne Richtlinien im biologischen Unterricht der Lehranstalten zu finden. Nicht am toten Gegenstand soll demonstriert werden, sondern am lebenden. Am schwersten ist es, die Welt der Urtiere den Schülern derart vor Augen zu führen, daß sie eine klare Anschauung von den mikroskopischen Lebewesen erhalten. Fast keine Schule hat so viele Mikroskope zur Verfügung, daß jeder Schüler mit einem Mikroskop arbeiten kann. Dem Lehrer fehlen auch die Möglichkeiten, genaue Erklärungen zu geben und das Mikroskop nach dem Auge jedes Schülers einzustellen. Ein Weg der Lösung ist durch die Mikroprojektion gefunden. Man verwendet das Mikroskop als Projektionsapparat, indem man eine Bogenlampe hinter dem Objekt bringt und die Bilder auf einen weichen Schirm wirft. Dr. Rommert zeigte auf diese Art die Welt der Urtiere, der Pantoffeltierchen, Radialaren und Glanzentierchen, das Leben in einem Wassertropfen. Hier ist tatsächlich eine befriedigende Lösung gefunden, die Lebewelt nicht durch Photographie oder Film gezeigt, sondern in ihrem tatsächlichen Leben. Wahrheit verbindet sich mit klarster Anschaulichkeit.

Eine Siedlungsausstellung in Kassel. Während der Monate Juli/August veranstaltet die Stadt Kassel eine große Ausstellung, die eine umfassende Schau der bildenden Kunst, des Kunsthandwerks und des Siedlungswesens unserer Zeit darstellen wird. Sie soll einen allgemeinen Überblick über alle zeitgenössischen Strömungen künstlerischen Schaffens bieten. In einer Musterstudie soll gezeigt werden, wie eine Siedlung entsteht, wie sie finanziert wird und wie man dem Geschick der Zeit und den sanitären Notwendigkeiten bei möglichster Sparsamkeit gerecht werden kann.

Ausstellung spählicher Altertümer. Im Leninrader Eremitage-Museum wird demnächst eine ständige Ausstellung spählicher Altertümer eröffnet werden. Die Ausstellung soll nicht nur das Gebiet der südlichen Ukraine, sondern das gesamte spähliche Siedlungsgebiet, wie es von der modernen Wissenschaft bezeichnet wird, d. h. sowohl das nördliche Turkestan als auch Sibirien, umfassen. Als Material für die Ausstellung werden die Grabschulden-Sammlungen, sowie die Funde der Libia-Ausgrabungen von Jaroslavl und die Ausgrabungen von Desjovskij im Kuban-Gebiet benützt werden.

* Gesehen vom Dichter in Potsdam auf der ersten deutschen Tagung des internationalen P.K.R.-Klubs.

Seine Fragen wiederholt mit dem Bemerkten, über seine Absichten liege dem Zeugen kein Urteil zu, erklärt Zeuge: Ich kann doch nur logen, was ich gesehen habe. Dr. Levi fragt weiter, ob der Zeuge die Tat Zwengauers für eine solche halte, daß er die Aussage verweigern würde. Der Zeuge bejaht das. Dr. Levi fragt weiter, warum der Zeuge die Tat für eine solche halte, daß er die Aussage verweigern würde.

Abg. Graf-Thüringen (Dnat.) beanstandet diese Frage, denn das sei eine Art, wie kein Staatsanwalt und Untersuchungsrichter vorgehen würde. Man wolle dem Zeugen ein Bein stellen. — Ueber die Beanstandung der Frage entspinnt sich eine Auseinandersetzung, die zum Teil erregte Formen annimmt. Von Sozialdemokraten und Demokraten wird betont, daß der parlamentarische Untersuchungsausschuß doch danach forschen müsse, ob der Zeuge aus Organisationsgründen die Aussage verweigern werde.

Der Vorsitzende Dr. Scheller will über die Angelegenheit abstimmen lassen, aber die Beanstandung der Frage wird zurückgezogen. Der Zeuge hatte während der Debatte über diese Sache den Saal verlassen müssen, da er

bei der Frage des Abg. Dr. Levi gelacht

hatte. Der Vorsitzende bedeutet ihm, er müsse die Sache mit dem nötigen Ernst auffassen.

Dr. Levi wiederholt nunmehr seine Frage, worauf der Zeuge die Aussage verweigert. Der Vorsitzende formuliert die Frage nunmehr dahin: „Wenn Sie positiv gewußt hätten, Daur ist als Verräter ermordet worden, würden Sie die Tat dann für gerecht halten?“

Zeuge: Ja, nach den Kriegsgesetzen!

Vors.: Es war aber kein Krieg.

Zeuge: Im Felde wurden Landesverräter vor das Standgericht gestellt.

Vors.: Ja, wer ist das Gericht in diesem Falle?

Der Zeuge betont wiederum, daß er nicht nach den Grundsätzen der Organisation Bücher gehandelt habe, sondern von seinem ganz persönlichen Ehrenstandpunkt aus.

Abg. Graf-Thüringen (Dnat.) fragt den Zeugen, was denn eigentlich Baur hätte verraten sollen. Es sei doch gar nichts zu verraten gewesen.

Der Zeuge erwidert, nur aus Erzählungen über Baur etwas gehört zu haben. Er habe eine instinktive Abneigung gegen ihn gehabt.

Um die Vorzugsaktien der Reichsbahn. Garantie des Reiches.

Am 5. Mai hatte der Reichsminister der Finanzen dem Haushaltsausschuß eine Vorlage zugehen lassen, in der die Reichsregierung den Haushaltsausschuß bittet, sie auf Grund von § 2b des Staatsgesetzes zu ermächtigen, die Garantie für die Zahlung einer siebenprozentigen Dividende der jetzt beabsichtigten Emission von Vorzugsaktien der Reichsbahn in Höhe von 150 bis 200 Millionen Goldmark zu übernehmen. Die Vorlage wurde in einen Unterausschuß verwiesen und dort in mehreren Sitzungen auf das genaueste durchberaten. In der Sitzung des Haushaltsausschusses vom Donnerstag erstattete der Unterausschuß Bericht, und nach eingehender Debatte wurde gegen 2 Stimmen der folgende Beschluß gefaßt:

Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Garantie dafür zu übernehmen, daß für einen Betrag von 150 Millionen Goldmark von Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft bzw. von den darüber auszugebenden besonderen Zertifikaten eine Dividende von 7 Proz. gezahlt wird.

Die Börsenumsatzsteuer.

Die Ermächtigung der Regierung aufgehoben.

Der Steuerauschuß des Reichstags beschäftigte sich am Donnerstag mit der Börsenumsatzsteuer. Die Reichsregierung hat Anfang Mai auf Grund einer Ermächtigung die Börsenumsatzsteuer für Aktien ermäßigt. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt die Aufhebung dieser Verordnung, während ein weiterer Antrag die Aufhebung der Ermächtigung wünscht. Derselbe Antrag liegt vom Zentrum vor.

Nach eingehender Aussprache wird der Antrag auf Aufhebung der Ermächtigung mit großer Mehrheit angenommen. Die Beratung des Antrags auf Aufhebung der Verordnung über Ermächtigung der Börsenumsatzsteuer wird vertagt. Entscheidend für diese Stellungnahme des Ausschusses war die Erwägung, daß der Regierung nochmals Gelegenheit gegeben werden sollte, die Banken zur Ermäßigung der Zinsspanne zu veranlassen. Da man aber mit einem erheblichen Widerstand der Banken rechnen, soll die Möglichkeit erhalten bleiben, das den Banken gewährte Entgegenkommen bei der Börsenumsatzsteuer rückgängig zu machen. Wie notwendig ein solcher Druck auf die Banken ist, ging aus der Mitteilung des Reichsfinanzministers Dr. Reinhold hervor, daß die Banken zu einer von der Regierung anberaumten Sitzung nicht erschienen sind und lediglich den Syndikus des Zentralverbandes der Bankiers zu der Erörterung beauftragten, die Banken ließen sich von der Regierung keine Bedingungen diktieren!

Im Anschluß daran beschäftigte sich der Ausschuß mit der vom Reichsfinanzminister Dr. Reinhold in Hamburger Ueberseeclub gehaltenen Rede. Da der Minister erklärte, daß die Berichte über diese Rede von ihm nicht kontrolliert seien und daß das Stenogramm erscheinen werde, vertagte der Ausschuß auch diese Beratung.

Schwindel der Rechtspresse.

Vom Gau Berlin des Reichsbanners wird uns geschrieben:

Die Schwindelnachrichten, die die Rechtspresse über das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in letzter Zeit verbreitet, sind sowohl ein Beweis dafür, was jene Blätter ihren Lesern vorsetzen können, als auch für den Mangel an dem so erwünschten sachlichen Angriffsmaterial gegen das Reichsbanner. Nachdem erst kürzlich die Ente von den 6½ Millionen Reichsbanner-Spargeldern, die der „Ruloga“ bzw. dem „Bauernbund“ zur Verfügung gestellt worden sein sollen, ihre Runde durch die Rechtspresse gemacht hat, gibt jetzt ein Anfang Mai in der „Wiener Reichspost“, dem reaktionärsten Blatt Oesterreichs, erschienenen Aufsatz willkommener Stoff für eine neue Schauermär. Die „Kreuzzeitung“ nimmt am Dienstag den Aufsatz der „Wiener Reichspost“ auf. In dem Aufsatz wird behauptet, daß das Reichsbanner beabsichtige am 23. Mai zusammen mit dem österreichisch-republikanischen Schutzbund eine „Feldzugsaktion“ an der ungarisch-österreichischen Grenze, nämlich im Velkegebirge, vom Stapel gehen“ zu lassen. Die „Kreuzzeitung“ erklärt, daß es sich dabei selbstverständlich um eine „Demonstration gegen das monarchistische Ungarn“ handelt. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß an dieser Notiz kein wahres Wort ist. Am 23. Mai sind keine Reichsbannerkameraden in Deutsch-Oesterreich. Die Notiz versucht wahrscheinlich nur Schwierigkeiten zu bereiten für die Reise, die tausende von Reichsbannerkameraden anlässlich des Reichsordnertages des republikanischen Schutzbundes am 11. und 12. Juni nach Wien unternehmen, um dort unter dem schwarztrotgoldenen Fahnen ein starkes Bekenntnis zum großdeutsch-republikanischen Gedanken abzugeben.

Die ersten Kirschen.

Die ersten Kirschen sind da. Noch nicht jeder Grüntramhändler hat sie, aber immerhin: sie sind da. Im Innern der Stadt, im Norden und im Süden, wo es Leute gibt, die sie gerne essen, wenn sie auch nicht immer kaufen können. Und das ist ja schließlich das Wichtigste. Sowohl für den Verkäufer, wie für den, der sie kaufen will. Aber 60 Pf. und 1,40 M. für das Pfund, das ist nicht nur reichlich teuer, sondern auch ein sehr großer Unterschied in der Preislage. Da werden gerade die aufs Kirchengessen verzichtenden müssen, die sie am ehesten verdient hätten. Der Schlemmer und Prok, dem eine gebratene Gans zum Mittagbrot nicht zu teuer ist, wird allerdings den Preis nicht sehr hoch finden und sich auch über die Differenz nicht aufregen. Ein paar Groschen mehr oder weniger spielen da, wo man mit Hunderten zu rechnen gewohnt ist, keine Rolle. Aber die Arbeiterfrau muß rechnen. Und wenn sie auch schon gerne ihren kleinen Lieblingen mit ein paar Kirschen eine Freude machen möchte, sie muß immer noch einmal überlegen, ob sie nicht etwas zu kaufen hat, was wichtiger ist. Denn schließlich läßt sich auf Kirschen noch verzichten, nicht aber Brot und Kartoffeln. Woher die Kirschen kommen sind? Werderische sind es nicht. Diese kommen erst Anfang Juni auf den Markt. Und da wir in diesem Jahre sehr viele frühe Rainächte gehabt haben, kann es sogar etwas später werden. Aus Süddeutschland sind sie auch nicht gekommen. Wenn hier die Kirschen auch ein paar Tage früher reif werden als bei uns, so dürften die ersten doch erst nach Pfingsten zu erwarten sein. Also haben wir es mit „Ausländern“ zu tun. Ihre hellrote Farbe sagt schon, daß sie einem Boden entsprossen sind, wo die Sonne wärmer scheint: Italien, dem Lande Ruffolinas. Und man darf wohl glauben, daß unsere Rechtsradikalen beim Verzehren dieser Früchte die faschistische Diktatur noch einmal so erstrebenswert erscheinen.

Eine Chetragödie.

Mordversuch am Ehemann.

Eine Bluttat verübte gestern Abend die 25 Jahre alte Frau Elise Emmerich, geb. von Dzwonkowskij, die mit ihrem Namen in Scheidung lebt, mit Hilfe ihres Freundes und ihres Bruders. Das Ehepaar war noch nicht allzulange verheiratet und doch glaubte der Mann, ein 29 Jahre alter Kaufmann Kurt Emmerich aus der Steinmehrerstr. 6, berechtigten Zweifel an der ehelichen Treue seiner Frau zu haben. Vor zwei Monaten verließ die Frau die gemeinsame Wohnung und zog zu ihrem Freunde, dem 28 Jahre alten Kaufmann Richard Mast aus der Blumenthalstraße 12. Hier wohnte auch der jüngere Bruder der Frau, ein Erich von Dzwonkowskij.

Emmerich fühlte sich nun nicht verpflichtet, für den Unterhalt seiner Frau zu sorgen, da er glaubte, daß ihr Freund dafür einzustehen werde. Weil die Frau sich damit aber nicht zufrieden geben wollte, so erschienen wiederholt bei Emmerich der Bruder und der Freund, um die Forderungen der Frau geltend zu machen. Jedesmal kam es dabei zu heftigen Auseinandersetzungen. Emmerich fühlte sich so bedroht, daß er einen Freund, einen Kaufmann Kurt Wegener, bezog, zu ihm in die Steinmehrerstraße zu ziehen. Gestern Abend gegen 8 Uhr erschien Frau Emmerich dort mit ihren beiden männlichen Helfern. Sie schlugen ohne weiteres die Türöffnung ein, um sich Zugang zu verschaffen und fielen gemeinsam, mit Säbeln bewaffnet, über den Ehemann und seinen Freund her. Wegener gelang es, während des Kampfes durch die eingeschlagene Tür zu entkommen. Er wollte zur Wache des 31. Reviers nach der Rulmstraße eilen, brach aber unterwegs, vom Blutverlust erschöpft, auf der Straße zusammen. Passanten, die ihn fanden, teilte er den Ueberfall mit. Während einige den Schwerverletzten nach dem Elisabeth-Krankenhaus brachten, riefen andere die Polizei herbei. Als die Beamten eindrangen, fanden sie die ganze Wohnung mit Gas angefüllt und Emmerich in einer großen Blutlache besinnungslos auf dem Boden liegen. Die Angreifer waren verschwunden. Der Mann hatte so schwere Hieb- und Stichwunden davongetragen, daß er nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab und sofort in das Krankenhaus in der Bismarckstraße gebracht werden mußte. Die Beamten, die von Hausgenossen unterrichtet worden waren, begaben sich sofort nach der Blumenthalstraße und fanden in der Wohnung des Mast die drei Geächteten. Sie wurden wegen versuchten Mordes festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Bei der Vernehmung behaupteten die Beschäftigten, daß sie die Säbel „zufällig“ in der Wohnung des Emmerich gefunden hätten. Weiter bestreiten sie, die Gasbombe geöffnet zu haben. Wahrscheinlich hätten sie mit den Säbeln daabengeschlagen und so unabsichtlich die Leitung aufgedreht. Wertwändig ist nur, daß auch die Hände des Gostochers in der Küche offen waren, die doch mit den Waffen vermutlich nicht in Berührung gekommen sind. Es wurde festgestellt, daß nach vollendetem Ueberfall das saubere Messer eine Kneipe aufgesucht hatte, um sich nach der wohlgekommenen Küche zu stärken.

Der Schlosser Roman Lewandowski, der am Mittwoch früh sein fünfjähriges Töchterchen Gerda erschoss, und sich selbst einen Schuß in den Kopf beibrachte, ist im Laufe der Nacht an den Folgen seiner schweren Verletzung im Krankenhaus gestorben. Zu der Angelegenheit bittet uns die Kollegenchaft des Verstorbenen der Abt. Jappa der Firma Siemens u. Halste mitzuteilen, daß in den in der Presse veröffentlichten Berichten insofern Unrichtigkeiten enthalten seien, als Lewandowski seit dem 8. Juli 1920 bei der Firma Siemens u. Halste bei der Abteilung Jappa ununterbrochen tätig war. Es kann somit auf keinen Fall stimmen, daß er ohne Beschäftigung war. Ferner soll es nicht zutreffen, daß L. ein roher und gewalttätiger Mensch war. Die Beschäftigung nimmt entschieden dagegen Stellung, daß L. wahrheitswidrig als Gemohnheitsdrinker hingestellt wird. Sie kann nur bestätigen, daß er bei der Arbeit stets nüchtern war.

Strassenbahn auf dem Bürgersteig.

Ein nicht alltäglicher Verkehrsunfall ereignete sich heute morgen kurz vor 11 Uhr am Handel-Platz in Lichterfelde. Der Führer eines Straßenbahnarbeitswagens verlor in der Kurve am Handel-Platz wahrscheinlich infolge Versagens der Bremse die Gewalt über den Wagen und verlor deshalb die Geschwindigkeit nicht herabzumindern. Der Wagen sprang aus den Schienen, fuhr auf den Bürgersteig und rief hierbei einen Gaslandarbeiter und einen Straßenbahnleitungsmeister um. Der gerade dort vorübergehende Fischer Kurt Menzel vom Hindenburg-Damm 150 B wurde von den stürzenden Eisenmassen begraben. Durch einen Wagen des Städtischen Rettungsamtes wurde der Verunglückte nach dem Väterfelder Kreisrennfeldhaus gebracht, wo eine schwere Kopfverletzung und Beinbrüche festgestellt wurden. Dem Führer soll nach den bisherigen Ermittlungen keine Schuld treffen.

Der Wasserpreis bei der privaten Gesellschaft.

Wegen des Wasserpreises und der sonstigen mit der Wasserlieferung in Verbindung stehenden Bedingungen für die von der Charlottenburger Wasser- und Industriewerke, A.-G. mit Wasser beliefernden Gebiete stellt sich seit längerer Zeit ein Streit der Stadt Berlin und einer Reihe außerhalb Berlins liegender Gemeinden des Kreises Teltow gegen die Gesellschaft. Das Reichswirtschaftsgericht, das von Berlin als Berufungsinstanz angerufen wurde, hat (wie das Nachrichtenamt des Magistrats meldet) jetzt ein Urteil gefällt, das im wesentlichen folgendes lautet: Mit Wirkung vom 1. April 1926 ab ist die Gesellschaft be-

rechtigt, einen Zuschlag von 4 Pf. je Kubikmeter auf die Vorkriegspreise zu erheben. Die Abgaben, die sie an die Stadt zu zahlen hatte, fallen weg. Bei Rohrverlegungen haben die Anschlußnehmer einen Zuschlag in der Höhe zu zahlen, die durch den letzten Schiedspruch festgelegt war.

Durch dieses Urteil wird der Wasserpreis gegenüber dem augenblicklichen Stand um 1 Pf. ermäßigt. Die von der Gesellschaft gestellten weitergehenden Anträge auf Festsetzung von Lohn-, Kohlen- und Steuererlassen hat das Reichswirtschaftsgericht abgelehnt. Die bisher gültigen Verwaltungsgebühren und die Mindestsätze bleiben aufrechterhalten. Das Urteil ist endgültig.

Der Friedrichshagener Fußgängertunnel.

Die städtische Tiefbaudeputation hatte zu einer Pressebesichtigung des Fußgängertunnels am Müggelsee, der im Frühjahr 1927 vollendet werden soll, eingeladen. Der Tunnel wird nach einem vollständig neuen Verfahren (Entwurf von Baurat Labaume, Brückenbauamt Berlin) gebaut und erhält eine Höhe von 2½ Metern und eine Breite von 5 Metern. Zunächst wurde eine Insel aufgeschüttet, auf die der sogenannte Senkloten aufgebaut wurde, der als Arbeitsraum dient. An zwei Stellen führen Luftdruckschleusen den Arbeitenden Luft zu. Der ganze Tunnel ist mit einer vierfachen Holierschicht aus Asphaltmasse umgeben, da selbst Eisenbeton immer noch Wasser durchläßt. Zuerst wird, um dem Schiffsverkehr nicht hinderlich zu sein, der nördliche, dann der südliche und endlich der mittlere Teil vollendet. Die Kosten des Baues belaufen sich auf 800 000 M. Die Bauausführung liegt in den Händen der Firma Grün u. Bilfinger A.-G., die Oberleitung bei den Bauarbeiten Labaume und Ujinger vom städtischen Brückenbauamt. Es hatte lange gedauert, bis durch den Bau des Tunnels den Wünschen der Friedrichshagener Bewohner entsprochen wurde. Schon vor zwanzig Jahren wurde ein Brückenbau für Fußgänger angeregt, der an den angebliebenen technischen Schwierigkeiten eines für den Schiffsverkehr erforderlichen 30 Meter hohen Brückenbogens scheiterte.

Mit dem Flugzeug unter der Glieder Brücke hindurch. Am Mittwoch vormittag kurz nach 10 Uhr flog der Chelplott Weidelt von der Bornemann-Fliegerkule in Potsdam unter der Glieder Brücke hindurch. Das sportliche Flugzeug, zu dem sich ein Jugendphotograph und Berichterstatter eingefunden hatte, ist dem kühnen Piloten ohne weiteres gelungen.

Nach der Hungerkur die Kreuzigung. Ein deutscher „Goliath“ unter dem indischen Pseudonym Taimu will sich in dem Berliner Restaurant, in dem sich Taimu zum Hungerkünstler entwickelt hat, ans Kreuz schlagen lassen. Taimu hat die Absicht, täglich 14 Stunden dieses Martyrium zu ertragen. Offensichtlich macht die Polizei diesen Unfang unmöglich.

Bunter Abend im Rundfunk. Die Funfstunde nannte es ein „Konzert, das ausschließlich künstlerische Einzeldarbietungen von bedeutendem Format bringt“. Vielleicht hat ein „Müchelberg“-Begeisterter die Einführung geschrieben; denn die mehr oder weniger alten Badische, die bei diesen Rührstück Tränen vergießen, werden ja wohl auch Karl Zanders Regitationen „reisend“ gefunden haben. Aber im Ernst — was brachte den Künstler, der doch immerhin einen Namen zu verlieren hat, auf den unglücklichsten Gedanken, diese abgemachten Melodramen den Rundfunkhören vorzusetzen? Auf dem Vortragspodium hätte er sie sicher nicht registriert; glaubte er, dem schlechten Geschmack der Funkteilnehmer diese Konzeption machen zu müssen? Der Berliner Rundfunkhörer und die mitwirkenden Künstler sollten sich doch mehr ihrer Aufgabe erinnern, im Sinne der Volkserziehung auch zu wirken. — Jacques von Kinsbergen brachte allerdings Violin-Vorträge von Qualität; auch James Simons pianistische Leistungen waren wie immer auch hinsichtlich des guten Geschmacks einwandfrei. Nur sollte man beim Klavier, das ja unter den wichtigsten Instrumenten im Rundfunk noch immer dasjenige ist, dessen Uebertragung am ungünstigsten ausfällt, besonders vorsichtig beim Abstellen des Mikrophons am Schluß des Vortrages sein. Gerade wenn der letzte Ton ein Staccatoanschlag ist, stört es außerordentlich, wenn auch die Luftschwingung gewissermaßen sofort abgerissen wird, da es das Gefühl der absolut mangelnden Resonanz wahrhaft — Theodor Scheidl lang, gut disponiert, neben anderen Liedern auch aus Rowalskis großem „Pierrot lunaire“.

Ein gewerkschaftlicher Rundfunkvortrag. Heute Abend 8 Uhr spricht der Vorsitzende des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, Reichstagsabgeordneter Siegfried Kufhäuser, durch den Berliner Rundfunk über das Thema: „Die Bedeutung ausreichender Freizeit für die Gesundheit und den kulturellen Aufstieg eines Volkes.“

Die Gesellschaft für Musik und Phonetik, die regelmäßige künstlerische und wissenschaftliche Veranstaltungen auf dem Gebiete des Rundfunks, der Sprechmaschine und des Sprechenden Films plant, veranlaßte sich am Sonnabend im Weissen Saal des Establi-Hotels zu einem Vortrag ihres ersten Vorsitzenden Professor Veit-häuser über: „Wie weit ist eine künstlerische Tonwiedergabe möglich.“ Der Vortragende erläuterte an Hand aufgestellter Radioapparate die technischen Mittel zur Verbesserung der Lautsprecher. Er verpackte sich von dem Dr. Reich'schen Mikrophon eine fast vollendete Wiedergabe der Darbietungen auf der Sendeseite. Leider verstand er es in seiner Vortragart nicht, den Kontakt mit dem Publikum herzustellen und daher verfehlten seine Erläuterungen teilweise ihre Wirkung.

Bezugszeiten des Botanischen Gartens zu Pfingsten. Der Botanische Garten in Dahlem ist nur am 2. Pfingstfesttag geöffnet, und zwar der Garten von 10—7 Uhr, die Schauhäuser von 2—6 Uhr. Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt.

Schweres Sturmwetter in Amerika. Nach einer Meldung aus Chicago ist der Staat Illinois von einem schweren Sturmwetter heimgesucht worden, bei dem der amerikanische Flieger Petrie, der zum ersten Male im Jahre 1920 den Flug von New York nach Rome unternahm, getötet wurde. Viele Gebäude wurden durch den Orkan zerstört, vor besonders in den Vorstädten von Chicago größere Verwüstungen anrichtete. Telegraphen- und Fernspreitleitungen haben stark gelitten, so daß ihre Wiederherstellung nach Angabe der Behörden längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Der Sturm war von starken Hagelstauern begleitet, die auf den Feldern große Verwüstungen anrichteten.

15 Arbeiter durch eine Hochspannungsleitung getötet. In einem Torjammungsbetrieb in der Nähe des Dorfes Tribni, 32 Kilometer von Rostow, schleppten 15 Arbeiter eine Lokomotive, deren Schornstein eine Hochspannungsleitung berührte. Dadurch wurden sämtliche Arbeiter auf der Stelle getötet.

Ein eigenartiges Denkmal wurde an einem der verkehrstheoretischen Punkte New York errichtet, auf dem folgende Inschrift enthalten ist: „Zur Erinnerung an die 256 Personen, die durch zu schnelle fahrende Chauffeure seit dem 1. Januar 1926 um 256 Leben gekommen sind.“

Die Öffnung der Grenzen. Dem Reichsleiter Danneberg, das im Verkehr von und nach Deutschland den Währungsangabe abgemacht hat, dürfte, wie wir hören, in Kürze die anderen skandinavischen Staaten folgen. Eine vor längerer Zeit gegebene Anregung, diese Erleichterung auch zwischen Deutschland und Belgien eintreten zu lassen, konnte dagegen bisher noch nicht berücksichtigt werden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

11. Kreis Schöneberg-Friedrichshagen. Deuts. Donnerstag, 7½ Uhr abends. Monatliche Versammlung zu den Ehrenbüchlein in der Uhlandstraße, Rotenbühlstraße. Referent: Dr. Kurt Eismann.

Jungsozialistische Gruppe Tempel. Deuts. abends 8 Uhr im Jugendheim Offenst. u. Vortrag des Sozialen Mikromet.

Gewerkschaftsbewegung

Die Lage in England nach dem Streik.

Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wird uns mitgeteilt: Am 19. Mai hat das Mitglied des Generalrats der englischen Gewerkschaften Purcell anlässlich seiner Anwesenheit in Berlin den Vorstand des ADGB in einer Besprechung über den Verlauf des Generalstreiks und die Lage der englischen Arbeiterschaft nach dessen Abbruch unterrichtet. Es ist den englischen Gewerkschaften gelungen, den Widerstand der Unternehmer gegen die Wiederaufnahme der Arbeit zu den Bedingungen, wie sie vor dem Streik in Geltung waren, zu brechen, so daß die Arbeit in allen Berufen wieder aufgenommen worden ist. Infolge der Fortdauer des Bergarbeiterstreiks und des dadurch verursachten Kohlenmangels, der die Wiederingangsetzung der Betriebe verhindert, sind jedoch außer den Bergarbeitern noch eine große Zahl der Eisenbahner und Arbeiter anderer Industrien noch außer Arbeit und müssen von den Gewerkschaften unterstützt werden.

Daneben besteht die beträchtliche Arbeitslosigkeit in England unermindert fort. Günstigere Verhältnisse auf dem englischen Arbeitsmarkt werden sich erst herausbilden, wenn es zu einer Einigung über die Wiederaufnahme der Arbeit im Bergbau kommt. Eine Regelung im Bergbau wird automatisch auch zur Wiedereinstellung in erster Linie der noch arbeitslosen Eisenbahner, aber auch der Arbeiter anderer Industrien führen. Ob eine Verständigung im Bergbau möglich ist, wird sich in den nächsten Tagen entscheiden. Die Aussichten scheinen insofern besser zu sein, als die Verhandlungen auf einer wesentlich günstigeren Grundlage als vor dem Streik geführt werden.

Einigungsverhandlungen im englischen Bergbau.

London, den 20. Mai. (Til.) Das Zentralkomitee der Grubenbesitzer und die Delegierten der Bergarbeiter halten heute eine gemeinsame Sitzung zur Besprechung der Vorschläge des Premierministers ab. Wie verlautet, ist keine Partei gewillt, den Vorschlag als ganzes anzunehmen.

Ein Telegramm aus Moskau.

Und ein phantastischer Kommentar.

Mit einer fünfzeiligen Ueberschrift verleiht die „Rote Fahne“ ein Moskauer Telegramm, wonach Cook, Sekretär des englischen Bergarbeiterverbandes, nach Moskau telegraphiert habe, daß er bereit sei, das Geld anzunehmen, das der Generalrat des englischen Gewerkschaftskongresses vom Generalrat der russischen Gewerkschaften annehmen sich gewagt hätte. In dieses Telegramm hängt die „Rote Fahne“ einen Kommentar an, der folgendermaßen beginnt: „Dieses Telegramm Cooks legt endlich einen Strich unter die Unentschiedenheit des Zentralrates des britischen Gewerkschaftskongresses, der befanntlich unter dem Einfluß der Thomas, Macdonald die russischen und dann die Amsterdamer Hilfsgelehrer abgelehnt hat.“

Wir wissen nicht, ob Cook ein solches Telegramm im Auftrage des englischen Bergarbeiterverbandes nach Moskau geschickt hat. Wir wissen aber, daß die „Rote Fahne“ weiß, daß die Amsterdamer Hilfsgelehrer im Einverständnis und auf Wunsch der englischen Gewerkschaften gesammelt wurden. In Amsterdam ist es nicht Brauch, sich an den Pfosten der Tür zu klammern, aus der man hinausbelehrt werden.

Wo nun die „bewundernswürdige russische Hilfe“ betrifft, von der die „Rote Fahne“ jabsuliert, so ist natürlich auch dieser bekannt, daß der Generalrat der russischen Gewerkschaften, der mit den Millionen nur so herumwirft (in den Telegrammen, die von Moskau „an alle“ lanciert werden), selbst im Dalles sitzt und Kosigänger der russischen Regierung ist.

Bezirkskonferenz des Fleischerverbandes.

Für vollständige Sonntagsruhe.

Bei starker Beteiligung von Delegierten und Gästen aus Pommern, Brandenburg und Berlin tagte eine Bezirkskonferenz des Zentralverbandes der Fleischer dieser Lage im Gewerkschaftshaus in Berlin. Ueber „Die allgemeine Wirtschaftskrise und unsere Berufsfrage“ hielt der Verbandsvorsitzende Henkel einen instruktiven Vortrag, an den sich eine rege Debatte schloß. Gemacht wurde hierbei, daß jedes Mitglied die Arbeiterpresse halten soll, weil diese auch über die Wirtschaftskrise Aufklärung gäbe. Die Notwendigkeit der vollständigen Sonntagsruhe wies in seinem Referat der Bevollmächtigte Schütz nach. Hierzu wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

Die am 16. Mai 1926 in Berlin tagende Konferenz des Bezirks Brandenburg-Pommern einschließlich Berlin des Zentralverbandes der Fleischer und Berufsangehörigen Deutschlands erhebt scharfsten Protest gegen die Bestrebungen, die Sonntagsruhe zu verächtlichen, insbesondere gegen den von der Wirtschaftlichen Vereinigung im Reichstag eingebrachten Antrag auf Abänderung des § 105 b Abs. 2 der Reichsgewerbeordnung. Die

vollständige Sonntagsruhe

gehört zweifellos zu einer der notwendigen sozialen Einrichtungen im Deutschen Reich und ist für alle Volksschichten von gleich großer Be-

deutung. Besonders spricht dafür das Bedürfnis für Erholung und Gesundheit aller dem Handelsgewerbe angehörenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer beiderlei Geschlechts und jeden Alters. In den offenen Verkaufsstellen dieses Gewerbes werden die gesetzlichen Bestimmungen über Arbeitszeit und Pausen an Wochentagen zumeist nicht eingehalten und systematisch übertreten, weil die Beschäftigten die Käufer beim Lebenslauf „zu Ende bedienen“ müssen und dann noch abrechnen, Aufräumungsarbeiten und dergleichen zu erledigen haben. Ein Ausgleich dafür durch Gewährung von Freizeit wird gar nicht oder nur bei sehr wenigen Geschäftsinhabern gewährt.

Dah auch im Fleischerhandwerk bzw. den Verkaufsstellen von Fleisch, Fisch und Wurstwaren die vollständige Sonntagsruhe durchführbar ist, ist bewiesen, indem in fast allen Städten und Ortschaften die Verkaufsstellen an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen geschlossen bleiben. Selbst für die bestehenden Ausnahmebestimmungen liegt kein Bedürfnis vor; auch diese zu beseitigen, erscheint dringend erforderlich, damit überall die vollständige Sonntagsruhe zur Ein- und Durchführung gelangt.

Der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung im Reichstage auf Abänderung des § 105 b Abs. 2 der Reichsgewerbeordnung erscheint nicht nur unverständlich, sondern ist höchst unsehr. Dafür spricht auch die Tatsache, daß sich die meisten Geschäftsinhaber und ihre Organisationen

gegen diesen Antrag

wenden.

Die Konferenz erwartet, daß der Reichstag, sobald die vollständige Sonntagsruhe gesetzlich eingeführt wird und die behördlichen Stellen ernstlich für die Durchführung der vollständigen Sonntagsruhe Sorge tragen werden.

Von den Kommunisten und den politischen und wirtschaftlichen Organisationen besonders der arbeitenden Klassen wird erwartet, daß auch sie die Notwendigkeit der vollständigen Sonntagsruhe anerkennen und fördern helfen.

Die Lehrtätigkeit und ihre Durchführung behandelte Weill, der nachwies, wie sehr diese Verordnung von Fleischermeistern und den Innungen, Handwerkskammern und sonstigen Aufsichtsbehörden mißachtet wird. Reges Interesse zeigte auch das Referat Fischers über „Gesellenausschüsse und Betriebsräte“. Den diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen müsse viel mehr Bedeutung beigegeben werden. Der Wert der Tarifverträge im Fleischerhandwerk wurde von Hensel eingehend geschildert. Ende 1925 bestanden 106 Tarifverträge für circa 20 000 Arbeitnehmer, inzwischen seien wieder 23 bis 30 neue Tarife geschlossen. Sie einzuhalten, die sozialen Erregenschaften festzuhalten und durchzusetzen, sei Pflicht der Unternehmer. Keine freiwillige Aufgabe beim Vorgehen der Arbeitgeber wegen Lohnabbaus oder sozialer Bestimmungen. Den Abschluß der Konferenz bildete eine ernste Mahnung des Verbandsvorsitzenden, bei der Ueberstimmung zur Verschmelzungfrage zum Lebensmittelindustriearbeiterverband für rege Beteiligung der Mitglieder zu sorgen.

Ein Buchdruckerstreik in Landsberg a. d. W.

Der böllische Rothardt am Werke.

Der aus dem Wogeburger Ober-Prozess berüchtigte Rothardt kam vor Jahresfrist in die Buchdruckerei Schneider und Sohn als Redakteur und brachte gleich zwei Gehilfen mit, die in Salzweil als Streikbrecher tätig waren und damit für den Streikhelm reif waren. Im Dezember wurde Rothardt Geschäftsführer der Druckerei. Er schickte nun die Verbandsmitglieder und ging systematisch darauf aus, sie aus dem Betriebe zu verdrängen und an ihre Stelle Gutenbergsbündler und Unorganisierte zu bringen. Die organisierten Buchdrucker sahen sich das Treiben eine Weile mit an, der Betriebsrat protestierte vergeblich und Verhandlungen mit dem Firmeninhaber führten zu einer Zusage, die bald vergessen wurde. Da wiederholte Besprechungen zu nichts führten, kündigten die organisierten Buchdrucker und stellten am 24. April die Arbeit ein. Rothardt lehnte jede Verhandlung ab. Der Kampf geht nun weiter.

Schiedsspruch im westfälischen Textilkonflikt.

Auf Grund der vom Reichsarbeitsministerium angeordneten neuen Verhandlungen im westfälischen Textilkonflikt fällt das Schiedsgericht folgenden Spruch:

1. Die tariflich festgelegten Grundlöhne aller Lohnarbeitnehmer, die zwischen dem Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie einerseits, dem Deutschen Textilarbeiterverband, Bau- und Feilwerk, dem Gewerksverein der Textilarbeiter, dem Zentralverband Christlicher Textilarbeiter, dem Deutschen Metallarbeiterverband und dem Deutschen Holzarbeiterverband zum 9. April 1926 getündigt waren, werden mit Wirkung vom 10. April 1926 wieder in Kraft gesetzt.

2. Diese Lohnregelung ist erstmalig mit einmonatiger Kündigungsfrist zum 31. Dezember 1926 kündbar. Erfolgt eine Kündigung nicht, so lautet die Lohnregelung mit gleicher Kündigungsfrist jeweils um zwei Monate weiter.

Der Schiedsspruch trägt dem Arbeitnehmerstandpunkt insofern Rechnung, als er unter ausdrücklicher Begünstigung des Hinweises auf die Mantelbestimmungen nicht zuläßt, daß die Unternehmer willkürlich die Akkordlöhne heruntersetzen.

Stillelegung ohne Ende.

Dortmund, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Verwaltung der dem Stumm-Konzern angehörenden Zeche Margarete in Söls hat bei dem Demobilisierungskommissar die Stillelegung zum 15. Juni beantragt. Von der Stillelegung werden über 1000 Mann betroffen.

Strassenbahnerstreik in Lyon.

Paris, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In Lyon ist am Mittwoch ein Streik der Strassenbahner ausgebrochen, die eine Erhöhung der Löhne um 5 Franken täglich gefordert haben, während die Stadtverwaltung nur eine solche von 2 Franken zubilligen wollte. Die Zahl der Streikenden beläuft sich auf 3500.

Der Fleischermeister als Herr im Hause. Der Zentralverband der Fleischer teilt uns mit, daß die Differenzen bei dem Fleischermeister Theophil Rehl, Reutolin, Bergstr. 14, zur Zufriedenheit erledigt sind. Herr Rehl hat sich verpflichtet, den entlassenen Gesellen wieder einzustellen, in Zukunft die tarifliche Arbeitszeit einzuhalten, den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen und das Briefgeheimnis zu beachten.

Wirtschaft

Wieviel wiegt ein Zentner Kohle beim Kohlenhändler?

Die Stellung dieser Frage wird wahrscheinlich auffällig wirken, denn man wird sagen: Na, ein Zentner wiegt 100 Pfund, also muß doch auch ein Zentner Kohle beim Kohlenhändler 100 Pfund wiegen. Das scheint indessen sehr fraglich zu sein, wenn man vernimmt, was ein Mann, der auf dem Gebiete des Kohlenhandels scharfsinnig Bescheid weiß, vor kurzem in einem Ausschuss des Reichskohlenrats zu dieser Frage ausgeführt hat.

Es fand in jenem Ausschuss eine Verhandlung statt, in deren Verlauf Herr Dr. Rappenberg, Vertreter der Kohlenhändler, auch Ausführungen machte über die Schwierigkeiten, die Kohlenhändler in örtlichen Preiskartellen zu organisieren. Dabei machte er zur Illustration folgende, sicherlich aufsehenerregende Mitteilungen:

„In einem Orte war es nicht möglich, die Kohlenhändler zu einer gemeinsamen Organisation zusammenzuführen, da eine Firma, Vater mit zwei Söhnen, sich weigerte. Als Herr Dr. Rappenberg in einer persönlichen Unterredung mit den Söhnen darauf hinwies, daß die Organisation auf jeden Fall gemacht würde, eventuell unter Preisopfern, habe ihm der Kohlenhändler erwidert, daß er dann eben statt 80 Pfund nur 70 Pfund auf den Zentner geben würde.“

Man wird zugeben, daß die Mitteilung dazu zwingt, die obige Frage zu stellen. Jeder Kohlenverbraucher wird sich stellen und sie sich dadurch beantworten müssen, daß er von Zeit zu Zeit eine Gewichtskontrolle vornimmt. Denn wenn Worte einen Sinn haben, so wiegt der Zentner Kohle beim Kohlenhändler nur 80 Pfund, und wenn ein Konkurrenzkampf zu führen ist, gar nur 70 Pfund.

Den organisierten Verbrauchern freilich stehen die Mittel zur Verfügung, sich gegen die willkürliche Gewichtsberechnung einzelner Priothändler zu schützen.

Die Gesellschaft Junkers u. Co., Gasapparatebau und Kälteerwerk, bittet uns mitzuteilen, daß nicht sie, sondern die Junkersflugzeugwerke und deren angegliederte Unternehmen von der viel erörterten Krise der Junkers-Werke betroffen sind. Die genannten Werke haben vielmehr infolge ihrer technischen Überlegenheit auf ihren Spezialgebieten die mannigfachen Krisen der letzten Jahre nicht nur ohne jede Schwierigkeit überstanden, sondern konnten ihre Betriebe aus eigenen Mitteln erheblich vergrößern. Die heutige Wirtschaftslage der gesamten Werke sei als glänzend anzusprechen da der Umsatz heute der letzten Hochkonjunktur nicht nachsteht.

Auffschwung der Konsumgenossenschaften in Bayern. Aus München wird uns geschrieben: Auf einer kürzlich in Erlangen abgehaltenen Konferenz des Verbandes der Bayerischen Konsumvereine wurde die unaufhaltbare Ausbreitung des Genossenschaftsgedankens auch in Bayern durch interessante Zahlen dargelegt. Der Verband hat in den letzten zehn Jahren um 115 000 Mitglieder zugenommen. Er versorgt den fünften Teil des bayerischen Volkes mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln. In den 699 Verteilungsstellen wurde im Berichtsjahr ein Umsatz von 38 000 000 Mark gegenüber 23,3 Millionen im Vorjahre erzielt. Daß der Jahresumsatz trotz der anhaltenden wirtschaftlichen Depression derart gesteigert werden konnte, ist der beste Beweis für das wachsende Vertrauen, das die Massen in die Genossenschaftsbewegung setzen. Auch in der Sparrentätigkeit zeigt sich eine erfreuliche Zunahme. Die Spareinlagen im bayerischen Verbandsverband haben sich innerhalb eines Jahres von 26 auf 41 Mark pro Mitglied erhöht. Gemaltigt ist freilich auch die Steuerlast der Konsumgenossenschaften gestiegen. Sie hat sich in Umsatz-, Körperschafts-, Vermögens- und Fiskussteuer gegenüber 1914 um 600 Proz. erhöht. Alles in allem zeigt sich die begrüßenswerte Tatsache, daß die große wirtschaftliche Bedeutung der auf Selbsthilfe der Verbraucher aufgebauten Konsumgenossenschaften auch in Bayern immer mehr von der großen Masse erkannt wird.

Verantwortlich für Text: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Gahrman; Gewerkschaftsbewegung: Riebs, Gahrman; Reutolin; R. S. Döhrer; Lokales und Sonstiges: Reichsstadt; Anzeigen: H. Gode; Druck: Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Zinner u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Berliner - Elektriker - Genossenschaft
 Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
 Fernsprecher: Norden 65 25 u. 65 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Plötzburg 9031
 Ausstellungsräume und Lager
 Alexanderstr. 39-40 (Alexander-Passage) Tel.: Königsstadt 540.
 Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges
 zu kulantem Zahlungsbedingungen.
 Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

Küchen
 roh emailliert
 Küche Lottchen 42 M., 50 M.
 „ Hermine 55 „ 135 „
 Kissenstuhl roter, lack., lackiert, Küchens
 und einziehbarer Küchens- und Kleiderschränke
Höhenmöbel-Fabrik
Joseph Himmel
 Lehringer Str. 22 (Schönhauser Tor)

Korbmöbel
 Große Auswahl! Billige Preise!
 Peddigröhrisch
 von 3,75 M. an
 Peddigröhrschel
 von 7,50 M. an
 Spezial-Korbmöbel
Edmund Voß
 Neukölln, Berlin Str. 14,
 Anzahlung gestattet

Metallbetten
 Schmatratzen, Kinderbetten (Jahrg. 5 bis 16).
 Kat. 650 fr. Eisenmöbel-Fabrik Suhl Thür.

DER KLEINE BROCKHAUS
 Preis M. 23,-
 Auch in Ratenzahlung
 Zu beziehen durch
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
 Berlin SW. 68, Lindenstraße 2
 (Abteilung Sortiment)
 und sämtl. Vorwärts-Anzahlstellen

Auf Teilzahlung!
Herren-Garderobe
 Kleine Anzahlung + Bequeme Abzahlung
CAMNITZER
 Schönhauser Allee 82 I
 am Hochbahnhof Nordring

Die aller kleinste Anzahlung bietet auch Ihnen
 günstige Gelegenheit, Ihre Garderobe zum Pfingstfest zu ergänzen, da Sie die Raten ganz Ihrem Einkommen entsprechend langfristig verteilen können

Garderobe auf Teilzahlung
 für Herren und Damen sowie Kinder
 Billige Preise! Gute Qualitäten! Große Auswahl!

Besonders günstiges Pfingst-Angebot!
Gabardine-Anzüge in guten Qualitäten **nur M. 89,-**
 Anzahlung M. 12,- Monatsrate M. 10,- Beginn der Raten im Juli

Gekaufte Garderobe wird sofort verabsolgt

G e b r. K a s s n e r
 Bülowstraße 6, am Nollendorferplatz
 Potsdam, Lindenstraße 6

Adolf Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
 aus der Parlaments- und Ministerzeit.
 Preis 1 Mark. Preis 5 Pfennig.
 Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

Der gute Kapitän-Kaulabak
 ist in den meisten Dampfer- und Schiffahrtsgeschäften erhältlich
C. Röcker, Berlin
 Lichtenberger Straße 22, Ngst. 3661

HUNDE
 Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
 Chausseestraße 93
 neuen Kriegervereinshaus
 Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Ischias
 mit gel. veraltete 700, bewirkt radikal durch vollst. Heilung
 10-12 u. 4-6
Leffmann, Straß 14